

Familie

Miteinander leben in Kirche und Welt

Herausgegeben von
Klaus Krämer und Klaus Vellguth

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Entwicklungsvorgaben für die Familienpolitik in Lateinamerika¹

von Carmen Domínguez Hidalgo

Die vielen Vorstöße, auf die Herausforderungen zu reagieren, mit denen die Familienpastoral in Lateinamerika konfrontiert ist (wie die kürzlich erschienenen Dokumente der Bischofssynode *Instrumentum Laboris* und *Lineamenta*² zum Thema Familie), kommen, was die wesentlichen Aspekte der Bestandsaufnahme und die Folgerungen betrifft, zum selben Ergebnis. Dabei überrascht bei der Lektüre der beiden letzten Dokumente, wie allgemein verbreitet die großen Probleme sind, unter denen die Familie und insbesondere die Familienpastoral weltweit zu leiden haben. Allerdings wollen wir nicht weiter darauf eingehen, denn das Ziel dieses Beitrags ist es, darüber nachzudenken, wie man in unseren Staaten eine Politik entwickeln kann, welche die Familien stärkt; anschließend wollen wir uns genau anschauen, welche Folgen dies hat.

¹ Die Ideen dieses Beitrags gehen teilweise auf die Ausführungen in folgenden Artikeln zurück: Carmen Domínguez Hidalgo, „Hacia el fortalecimiento de la familia en la legislación chilena“ in: Dies./Juan Carlos Inostroza (Hrsg.), *Actas del Primer Congreso Chileno sobre Familia*, Concepción 2011, S. 55–69; Carmen Domínguez Hidalgo, „Políticas públicas y familia y vida: Horizontes en Latinoamérica“, in: *Revista Medellín* 161 (1), S. 99–120.

² Bischofssynode, III. Außerordentliche Generalversammlung, Die pastoralen Herausforderungen im Hinblick auf die Familie im Kontext der Evangelisierung, *Instrumentum Laboris*, Vatikanstadt 2014, http://www.vatican.va/roman_curia/synod/documents/rc_synod_doc_20140626_instrumentum-laboris-familia_ge.html (17.08.2016); Bischofssynode, XIV. Ordentliche Generalversammlung, Die Berufung und Sendung der Familie in Kirche und Welt von heute, *Lineamenta*, Vatikanstadt 2015, http://www.vatican.va/roman_curia/synod/documents/rc_synod_doc_20141209_lineamenta-xiv-assembly_ge.html (17.08.2016).

In diesem Zusammenhang muss man für eine zukunftsorientierte Reflexion zunächst festhalten, wo man steht und welchen Ausgangspunkt man gegenwärtig hat. Dabei ist das Bild von Licht und Schatten geprägt. Licht, da – mehr denn je – ein erklärtes Bewusstsein über die Bedeutung der Familie zu bestehen scheint. Die Familie und die Einschätzung von ihr als Kernzelle der Gesellschaft stehen im Zentrum von internationalen³ und nationalen⁴ juristischen Normen, von Ab-

³ Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948. Artikel 16.3: „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.“; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966. Artikel 10: „Die Vertragsstaaten erkennen an, 1. dass die Familie als die natürliche Kernzelle der Gesellschaft größtmöglichen Schutz und Beistand genießen soll, insbesondere im Hinblick auf ihre Gründung und solange sie für die Betreuung und Erziehung unterhaltsberechtigter Kinder verantwortlich ist.“; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1966. Artikel 23.1: „Die Familie ist die natürliche Kernzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“; Amerikanische Menschenrechtskonvention, 1969. Artikel 17.1: „Die Familie ist die natürliche Kernzelle der Gesellschaft und soll von Gesellschaft und Staat geschützt werden.“; Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen, 1948. Artikel VI. „Jede Person hat das Recht, eine Familie, Kernzelle der Gesellschaft, zu gründen und für sie Schutz zu erhalten.“

⁴ Vgl. Politische Verfassung der Republik Chile: Artikel 1: „Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft“ und Gesetz Nr. 19.947 über die Zivilehe in Chile von 2004: Artikel 1: „Die Familie ist die Kernzelle der Gesellschaft. Die Ehe ist die Hauptgrundlage der Familie“; Verfassung von Ecuador: Artikel 68: „Die Familie in allen ihren Arten wird anerkannt. Der Staat schützt sie als Kernzelle der Gesellschaft und stellt Bedingungen sicher, in denen die Erfüllung ihrer Ziele gefördert wird“; Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela: Artikel 75: „Der Staat schützt die Familien als natürliche Verbindung der Gesellschaft und grundlegenden Raum zur ganzheitlichen Entwicklung der Menschen“; Verfassung Costa Ricas: Artikel 51: „Die Familie als natürliche Einheit und Grundlage der Gesellschaft hat Anspruch auf den Schutz des Staates“; Verfassung Nicaraguas: Artikel 70: „Die Familie ist die Kernzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf den Schutz von ihr und dem Staat“; Politische Verfassung von Kolumbien: Artikel 42: „Die Familie ist die Kernzelle

kommen und Verfassungen. Die Vereinten Nationen haben sogar eine Erklärung zum Schutz der Familie verabschiedet, in der die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliches Mittel zu Wachstum und Wohlstand aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder, anerkannt wird, so dass sie den notwendigen Schutz und Beistand erhalten soll; dadurch wurde noch einmal bekräftigt, dass die Familie die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und des Staates ist.⁵ Dies wird im politischen Diskurs in unseren Ländern wiederholt, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes, in denen die Familie zum Hauptobjekt des zukünftigen politischen Arbeitsprogramms auserkoren wird.

Andererseits ist das Bild von Schatten geprägt, denn trotz der anerkannten Bedeutung der Familie steht, wenn es darum geht, dies

der Gesellschaft. Sie gründet sich über natürliche und juristische Bindungen, aus einem freien Entschluss eines Mannes und einer Frau, die Ehe einzugehen, oder dem verantwortungsbewussten Willen, sie zu bekräftigen“; Verfassung Paraguays: Artikel 49: „Vom Schutz der Familie. Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft. Ihr ganzheitlicher Schutz wird gefördert und garantiert. Dies schließt die feste Verbindung zwischen Mann und Frau, die Kinder und die Gemeinschaft ein, die aus den Vorfahren und Nachkommen gebildet wird“; Verfassung von El Salvador: Artikel 32: „Die Familie ist die fundamentale Grundlage der Gesellschaft und erhält den Schutz des Staates, der die notwendigen Gesetze erlässt und die für ihre Integration, ihren Wohlstand und ihre soziale Entwicklung notwendigen Institutionen und Dienste schafft“; Verfassung Haitis: Artikel 46: „Der Staat fördert die Ehe zur besseren Organisation der Familie als der fundamentalen Grundlage der Gesellschaft“; Verfassung Uruguays: Artikel 40: „Die Familie ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Der Staat wacht über ihre moralische und materielle Stabilität zur besseren Ausbildung der Kinder innerhalb der Gesellschaft“; Verfassung der föderativen Republik Brasiliens: Artikel 226: „Die Familie, Grundlage der Gesellschaft, steht unter dem besonderen Schutz des Staates“; Verfassung von Peru: Artikel 4: „Die Gemeinschaft und der Staat schützen speziell Kinder, Mütter und alte Menschen, die vernachlässigt werden. Auch schützen sie die Familie und fördern die Ehe. Sie erkennen letztere als natürliche und fundamentale Institutionen der Gesellschaft an“.

⁵ Vgl. Vereinte Nationen, Generalversammlung, Menschenrechtsrat, 26. Tagung, 25. Juni 2014, „Schutz der Familie“.

in konkrete politische Inhalte umzusetzen, die eigentliche Begriffsbestimmung aus, die als Grundlage der politischen Entwicklung dienen soll. Dadurch verwandelt sich alles schnell in eine ideologische Debatte, was Familie eigentlich ist, und als Wichtigstes scheinen die Rechte der sexuellen Minderheiten im Hinblick auf Familie in den Vordergrund zu rücken. Dazu kommt von anderer Seite die Forderung nach reproduktiven und sexuellen Rechten, wie im Wesentlichen das Recht auf Abtreibung, der Zugang Jugendlicher zu Verhütungsmitteln einschließlich der Pille danach.

Darüber hinaus hat sich in der Politik nicht jene Sichtweise durchgesetzt, die die Familie als Gemeinschaft anerkennt, sondern sie wird als einzig auf Individuen und insbesondere auf die Frau ausgerichtet gesehen. Somit verengt sich alles auf die Frauenrechte, beispielsweise im Hinblick auf die Geburtenregelung, so dass man diese sogar als Geschlechterungerechtigkeit wahrnimmt, da die Möglichkeit, eine Familie zu bilden, einfach nicht als Wert angesehen wird.

Schließlich muss in diesem kurzen Überblick zum derzeitigen Zustand angemerkt werden, dass sich die bisherigen politischen Entwicklungen nur in Gesetzesreformen niedergeschlagen haben, die explizit dazu führten, dass sich die Prinzipien, auf denen das Familienrecht nach der Unabhängigkeit unserer Länder von Spanien aufgebaut wurde, durch andere, sogar gegensätzliche Grundsätze ersetzt wurden,⁶ wobei die Reform der Prinzipien weiter andauert, wie ein Blick auf die in den Parlamenten unserer Länder anhängigen Gesetzesvorhaben schnell zeigt. Mit anderen Worten, die Perspektive ist im Familienrecht auf die Reform der direkten rechtlichen Vorschriften zum Thema Familie ausgerichtet.

⁶ Für weitere Informationen siehe Carmen Domínguez, „Los cambios en materia de familia y su reflejo en lo jurídico“, in: CELAM (Hrsg.), *La familia en América Latina. Desafíos y esperanzas*, Bogota 2006, S. 275–295; Dies., „Los principios que informan el Derecho de Familia chileno. Su formulación clásica y su revisión moderna“, in: *Revista Chilena de Derecho* 2005, 32 (2), S. 205–218.

Im Gegensatz dazu gab es keine großen Fortschritte bei den indirekten Vorgaben, die unter anderem mit den Regeln im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen sowie im Steuerrecht zusammenhängen, obwohl man gerade darin in einigen wirtschaftlich weiterentwickelten Regionen vorangekommen ist.

Wesentliche Punkte bei der Formulierung von Familienpolitik

Hier können einige wichtige Punkte für die Zukunft im Hinblick auf die allgemeine Perspektive oder Ausrichtung festgehalten werden, an der sich unsere Arbeit zur Förderung einer Politik, die wirklich auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Familie in Lateinamerika eingeht, orientieren kann.

Politik zur Stärkung der Familie und des Lebens: Die Rolle des Staates

Zunächst muss die genaue Rolle des Staates auf diesem Gebiet abgesteckt und verdeutlicht werden, worauf sich sein Handeln richten soll.

Bei der Notwendigkeit, politische Inhalte zu entwickeln, muss man sich vor Augen halten, dass es zweifellos der Staat ist, dem die Aufgabe eines entschlossenen Handelns zukommt, damit immer mehr Kinder in einem stabilen familiären Umfeld aufwachsen können, das ihnen die größtmögliche Entfaltung ermöglicht. Dazu gehört die Stärkung der Familie, was festzuhalten unabdingbar scheint, weil die Erwähnung dieser Stärkung oft wie ein Gemeinplatz daherkommt, denn alles, was man sich auf diesem Gebiet vornimmt, wird von dieser vermeintlichen Stärkung her gerechtfertigt, so dass dies ein Begriff mit unbegrenztem Inhalt zu sein scheint. Denken wir beispielsweise daran, dass sogar die Scheidung in der öffentlichen Debatte als etwas dargestellt wurde, das die Familie stärken könne. Aber die Familie zu stärken bedeutet, sie mächtiger zu machen und zu ermöglichen, dass ein Kind, das auf die Welt kommt, sich auf einen Vater und eine Mutter verlassen kann, die es führen und ihm bei

seiner Entwicklung bestmöglich Orientierung geben, und dass diese Eltern ihre Liebe mit der gemeinsamen, ihnen anvertrauten Aufgabe bereichern können. Und zweifellos wird diese Möglichkeit exponentiell begünstigt, wenn sie sich formal dazu verpflichtet haben, dies vereint und ohne zeitliche Begrenzung zu tun. Diese formale Verpflichtung stellt die Ehe dar, die im zivilrechtlichen Rahmen vor einem öffentlichen Beamten und im religiösen Rahmen vor Gott geschlossen wird und daher den Wert eines Sakraments erhält. Aus diesem Grund muss die Politik auch die Ehe fördern. Dazu gibt es verschiedene Wege, auf die später eingegangen wird.

Sicherlich geht es hier nicht darum, zu betonen, dass die Ehe dieses stabile Umfeld garantiert, denn wie in allen Bereichen des Lebens kann dies aus verschiedenen Gründen auch misslingen. Ebenso wenig geht es darum, zu behaupten, ein Kind, das nicht mit einem Vater und einer Mutter aufwächst und sich auf sie verlassen kann, könne nicht zu der besten Person werden, zu der es berufen ist, denn hier besteht kein Determinismus. Es sei lediglich daran erinnert, dass derjenige, der ohne Vater und Mutter aufwachsen muss, die sich seiner Erziehung verpflichtet fühlen, größere Schwierigkeiten in seiner Entwicklung hat, als derjenige, dem Vater und Mutter in den verschiedenen Phasen der Entwicklung der Persönlichkeit beistehen.⁷

Wenn man sich für Politik im Hinblick auf die Familie und das Leben einsetzt, ist es andererseits nicht erwünscht, dass sich der Staat ins souveräne Familienleben einmischt, sondern dass er sich darauf beschränkt, die Familie zu stärken, und das gilt insbesondere für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind oder größere Schwierigkeiten haben, alleine zurechtzukommen. Darin erschöpft sich sein Handeln, ohne dass der Staat beispielsweise für sich in Anspruch nehmen kann, sich in eine Art Vater oder Mutter zu ver-

⁷ Im gleichen Sinne siehe auch Viviana Salinas Soledad Herrera/Eduardo Valenzuela, *Familia, pobreza y bienestar en Chile; un análisis empírico de las relaciones entre estructura familiar y bienestar*, Temas de la Agenda Pública, Centro de Políticas Públicas UC 2011, Nr. 44, S. 1–19.

wandeln und so die Eltern zu ersetzen, wie das der Fall ist, wenn er erlaubt, dass Minderjährige im Notfall Verhütungsmittel, wie beispielsweise die Pille danach, ohne vorherige Aufklärung oder Zustimmung einnehmen.

Politik „der“ Familie und nicht „für“ die Familie

Die Neuausrichtung der Politik in Bezug auf Hilfen für die Familien sollte nach Meinung von Pierpaolo Donati⁸ darin liegen, die Familien als Akteure zu betrachten und nicht nur als Empfänger von Leistungen. Es handelt sich also um Politik „der“ Familie und nicht „für“ die Familie, so dass die ideologisch aufgeladene Diskussion über Familie sofort ein wichtiges Korrektiv erhält.

Wenn die Familie beginnt, ihre Stimme hören zu lassen, wenn die konkreten Probleme offenbar werden, die Millionen von Normalbürgern in unserem Land haben, muss der Fokus der Aufmerksamkeit auf anderen Dingen liegen. Daher scheint es auf einem Kontinent, auf dem Millionen von Menschen noch immer in extremer Armut leben, auf dem es einen hohen Prozentsatz an Familien gibt, in denen die Eltern Analphabeten sind oder es kein Trinkwasser gibt, um nur ein paar Probleme anzutippen, unerklärlich, wie die Parlamente sich in vielen unserer Länder um die Gesetzgebung auf Gebieten kümmern, die in Wirklichkeit nur einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung interessiert und die zum Großteil das Ziel verfolgen, die religiöse Freiheit einer großen Mehrheit einzuschränken.

Im Folgenden wird dargelegt, auf welchen Voraussetzungen Familienpolitik aufbauen muss, damit sie eine Politik „der“ Familie wird.

⁸ Pierpaolo Donati, *La política della famiglia. Per un welfare relazionale e sussidiario*, Siena 2011, S. 7.

Interdisziplinäre Untersuchungen sind notwendig

Wenn Familienpolitik eine Politik „der“ Familie sein soll, muss zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der familiären Realität in dem Land erfolgen, in dem sie umgesetzt werden soll. In vielen Ländern ist die Familie immer noch eine starke Einheit, wenn wir uns auf das Familiennetz konzentrieren. Es lässt sich festhalten, dass der Staat im Hinblick auf die Familie gerade deshalb nicht genügend tut, weil er sich auf der familiären Unterstützung ausruht, mit der jeder von uns rechnet.

Daher sollten sich die Staaten zunächst bemühen, zu untersuchen, wo ihre Stärken liegen, welche noch nicht entdeckten Kräfte sie haben, welche Einstellungen und Werte gefördert werden müssen, um die Familie widerstandsfähig zu machen.

Darüber hinaus muss die Politik nicht nur bestimmte Aspekte der Familie aufgreifen, weil das Wissen über die Familie komplex und fächerübergreifend ist. Dieses Wissen ist fachlicher Natur und lässt sich nicht aus der bloßen Familienerfahrung ableiten, sondern muss interdisziplinär erschlossen werden, weil keine einzelne Disziplin die Familie erschöpfend analysiert. Im Gegenteil, man kann sich diesem Thema nur dann ernsthaft widmen, wenn alle Disziplinen zusammenwirken. Insbesondere lässt sich das öffentliche Engagement nicht auf eine bloße juristische Regelung reduzieren, auch wenn die Entwicklung auf dem Gebiet derzeit in diese Richtung geht und sich das als Akzent der Entwicklung herauszukristallisieren scheint.

Bestandsaufnahme der notwendigen Wahrheiten über die Familie als Ausgangspunkt

Die Sorge um die Familie muss auf den notwendigen Wahrheiten über die Familie in jedem Land aufbauen, und nicht darauf, was in anderen Ländern als solche angesehen wird, denn die Probleme und Herausforderungen sind unterschiedlich. Damit möchten wir betonen, dass man nicht überlegen sollte, Reformen, die in anderen Län-

dern, insbesondere in Europa, umgesetzt wurden, nachzuahmen, auch wenn uns diese traditionell als Vorbild dienen.

Die Entwicklung in diesen Ländern lässt sich jedoch nicht automatisch übertragen. Erstens weil so nur bestimmte Fälle und bestimmte Länder in den Blick genommen werden, aber nicht die bestehende Situation in vielen anderen Ländern, in denen die Familie radikal anders gesehen oder verstanden wird. Zweitens – und das ist vielleicht viel bedeutender –, weil wir aufgrund unterschiedlicher Prägung und anderer Überzeugungen nicht von der gleichen Erfahrung im Hinblick auf die Familie ausgehen. In diesem Sinne bleibt die Familie trotz einiger Veränderungen der elementare Ort zur Entfaltung der Person, das wichtigste Umfeld zur persönlichen Entwicklung und das grundlegende Netz zur Unterstützung.

Zusammengefasst bedeutet dies nicht, auch wenn sich viele Aspekte der familiären Realität geändert haben, dass die Vergangenheit nicht mehr gültig ist oder notwendigerweise alle derzeitigen Reformen in anderen Ländern besser sind. Vielmehr muss mit kritischem Blick jeder Vorschlag und jede Reform ernsthaft überprüft werden, um festzustellen, was für die Menschen, die die Familien bilden, wirklich wichtig ist, welchen echten Herausforderungen und Problemen damit wirklich entgegengetreten wird oder, anders ausgedrückt, welche dringenden Erfordernisse bislang noch ohne Antwort geblieben sind.

Dies erscheint noch dringlicher, wenn wir uns vor Augen halten, dass sich heute viele Gesetzesinitiativen in unseren Parlamenten darauf richten, die Gesetzgebung in der Familienpolitik zu reformieren. Viele von ihnen zielen darauf ab, das auf der Ehe gründende Konzept der Familie zu ersetzen und den gleichen staatlichen Schutz jedweder emotionalen Bindung zukommen zu lassen und so zum dritten oder vierten Mal Dinge zu überarbeiten, die schon reformiert worden sind. Allen diesen Initiativen liegt ein spezifisches individuelles Interesse, der Wunsch nach sozialer Legitimation und eine Überzeugung darüber zugrunde, was Familie sein sollte. Unabhängig davon, welches die konkreten Bedürfnisse der Familie in unseren Ländern sind, wurden Reformen nach dem Vorbild der Politik in anderen Ländern

mit anderen Realitäten auf diesem Gebiet oder aus einer bloßen Überzeugung heraus angestoßen, die nicht auf Beweisen beruhen oder direkt ideologischem Denken entspringen.

Nachdem die Eckpunkte der Politik im Hinblick auf die Familie und das Leben abgesteckt wurden, muss nun der genaue Umfang der Familienpolitik im Bewusstsein, dass sie kein Allheilmittel sein kann, festgelegt werden.

Das Gesetz ist lediglich eine Form der Annäherung an Familie und Leben

Sicherlich gibt es keine perfekten oder idealen Lösungen, denn die Familie ist eine so komplexe Entität, in der so viele Erwartungen aufeinandertreffen, dass es unmöglich ist, sie alle zu erfüllen.

Das öffentliche Engagement des Staates durch Gesetze oder politische Strategien kann nur Teil der Lösung sein; ebenso eine Rolle spielen die Erziehung, die innerhalb der Familie geleistet wird, die Überzeugungen und Beweggründe, die allen Menschen, die eine Familie bilden, innewohnen, sowie – unabhängig davon – der Rahmen, den das Gesetz oder der Staat durch seine Politik schafft. Dies lässt sich an absolut verständlichen Beispielen erläutern: Es gibt beispielsweise kein gesetzliches Mittel, mit dem ein Vater, der für seine Ehefrau und seine Kinder keinen Unterhalt zahlen will, dazu gezwungen werden kann; es gibt keinen wirtschaftlichen Ausgleich für den schwächeren Ehegatten im Falle einer Scheidung oder Annullierung der Ehe, wenn der andere Ehegatte die Zahlung verweigert. Es hängt alles von der ethischen Einstellung ab, die sein Handeln regiert, und von der Verantwortung, die wir für unsere Entscheidungen im Leben und die von uns eingegangenen Verpflichtungen übernehmen.

Die Gesetzgebung des Staates kann niemals Abhilfe für alle familiären Übel schaffen, denn die Familie – und mit ihr die Ehe – sind Realitäten, die das Juristische insofern übersteigen, da sie unter anderem auch zahlreiche wirtschaftliche, emotionale, kulturelle und religiöse Aspekte beinhalten.

Andererseits ist die juristische Lösung, die staatliche Anerkennung, nicht die einzige Determinante für die Vorstellung von Fami-

lie, die sich jedes Individuum macht, und auch nicht der eigentliche Grund dafür, ob sich Menschen dafür oder dagegen entscheiden, zu heiraten und eine Familie zu gründen; die staatliche Anerkennung ist jedoch ein nützliches Mittel und die rechtlichen Bestimmungen führen langfristig doch zu einer Stärkung oder Schwächung der Familie. Wenn beispielsweise das Gesetz die Scheidung erleichtert, indem alle Hemmnisse abgeschafft werden, wird die Verpflichtung, die die Ehe nach sich zieht, abgeschwächt, so dass es – und dies zeigt sich schon heute – praktisch keine Gründe mehr gibt, die jungen Menschen aus juristischer oder wirtschaftlicher Perspektive Anreize geben würden, die Ehe einzugehen.

Familie in der Krise?

Die Veränderungen, die die Familie (zumindest in der demographischen und soziologischen Entwicklung) erfahren hat, sind komplex und daher nicht einfach rückgängig zu machen. Darüber hinaus muss der genaue Umfang der Politik festgelegt werden, weil die Veränderungen für die Familie und die analysierten Gründe dafür komplex sind. So kann man nicht als unwiderlegbare Prämisse davon ausgehen, dass sich die Familie in der Krise befindet. Zwar wird in allen Debatten in den Medien, in den statistischen Analysen und in den durchgeführten oder geplanten Reformen in der Gesetzgebung von der Existenz einer Krise der Familie ausgegangen, die sich in einer Veränderung der familiären Realität niederschlägt und gegen die sich nichts tun lässt, außer sie anzuerkennen, insofern sie offenbart, dass sich die Entscheidungen und Vorstellungen der Bürger verändert haben.

Diese Prämisse beinhaltet jedoch klare Irrtümer und gravierende Lücken. Selbstverständlich muss man klären, ob es sich um eine wirkliche Krise handelt oder nicht vielmehr um Veränderungen und Wandlungen, die, wenn man ihnen richtig begegnet, in Wachstumschancen oder Möglichkeiten der Stärkung für die Familien in Chile verwandelt werden können. Darüber hinaus ist es schwierig, zu entscheiden, ob die Veränderungen, die sich auf diesem Gebiet in unseren Ländern – ob gewollt oder ungewollt – tatsächlich abgespielt ha-

ben, unausweichlich sind oder nicht vielmehr Ergebnis eines Umfeldes sind, das nichts zur Schaffung stabiler Familien beiträgt (am schlimmsten ist es, um nur ein Beispiel zu nennen, bei Schwangerschaften von Minderjährigen oder bei alleinerziehenden Müttern). Zugrunde liegen können auch bestimmte Ideologien oder Forderungen bestimmter Bevölkerungsgruppen in unserer Gesellschaft, beispielsweise wenn gleichgeschlechtliche Verbindungen eingeführt werden sollen.

Die Zahl der Haushalte mit Einelternfamilien⁹, die zum Großteil aus Müttern mit Kindern bestehen, die Zahl der außerehelich geborenen Kinder¹⁰ und der Schwangerschaften bei Heranwachsenden führen immer wieder dazu, eine Debatte über die staatliche Sorge für die Familie anzustoßen; man kann daraus aber nicht schließen, dass die Familie selbst in der Krise ist. Vielmehr sollten diese Daten den Staat und uns selbst dazu bringen, uns darum zu kümmern, wie man die Chancen erhöhen kann, damit sich das nicht wiederholt, damit jedes Kind im Schoße einer Familie aus Vater und Mutter aufwachsen und sich langfristig immer auf diese Familie verlassen kann.

⁹ In Chile leben in 25,48 Prozent der Haushalte Einelternfamilien, wobei 85 Prozent davon alleinerziehende Mütter sind (44 Prozent sind indigen und 37,4 Prozent arm). In Argentinien leben in 17,7 Prozent der Haushalte Einelternfamilien (zum Vergleich: 15 Prozent im Jahr 1990), wobei 16,2 Prozent alleinerziehende Mütter sind (Zensus 2010). In Peru leben in 11,7 Prozent der Haushalte Einelternfamilien beziehungsweise 9,5 Prozent alleinerziehende Mütter (Zensus 2007); im Vergleich zum Zensus 1993 ist ein Anstieg von 552.000 auf 788.000 solcher Haushalte zu verzeichnen.

¹⁰ Der Anstieg von Paaren ohne Trauschein und Alleinerziehenden weltweit hat zu einem beträchtlichen Anstieg von außerehelich geborenen Kindern, hauptsächlich in Südamerika, geführt. 2012 stieg der Prozentsatz der außerehelich geborenen Kinder in Peru auf 76 Prozent und übertraf damit den in Chile (69 Prozent) und Brasilien (66 Prozent). In Argentinien betrug er 13 Prozent, in Bolivien 55 Prozent, auf Costa Rica 67 Prozent; diese Zahlen werden lediglich von Kolumbien übertroffen, das mit 84 Prozent eine der höchsten Raten weltweit hat (World Family Map Project, 2014).

Wenn man von einer Krise redet, müssen wir uns andererseits fragen, ob sie nicht in vielen Fällen durch eine Informationsstrategie gefördert wird, die nur negative Entwicklungen hervorhebt, anstatt echte Modelle sowie soziale und kulturelle Bedingungen aufzuzeigen, in denen die Kern- oder Großfamilie unter widrigen Umständen erfolgreich bestehen kann.

Zweifellos steckt das Beispiel andere an; wenn wir wirklich auf dem Weg zu einer Stärkung der Familie vorankommen wollen, kann dies nur durch die Förderung stabiler Familienverhältnisse geschehen. Es gibt keine perfekten Familien, sondern nur solche, die trotz aller Widrigkeiten erfolgreich sind.

Die Stärkung der Familie erfordert eine Politik mit umfassender Perspektive

Die Stärkung der Familie setzt die Entwicklung von politischen Inhalten aus einem Verständnis von Familie voraus, das auf eine Vereinbarkeit der Rechte, Interessen und Wünsche des Einzelnen mit denen der Familie setzt, weil sich schließlich in der Kraft und Energie der Familie und in der Qualität der familiären Bindungen letztendlich unser individuelles Glück entwickelt.

Mit anderen Worten gesagt handelt es sich nicht um eine bloße Vermittlung zwischen entgegengesetzten Interessen und Rechten (Mann und Frau, Eltern und Kinder, Mutter und werdendes Leben), sondern um die Art und Weise, wie diese gleichzeitig anerkannt und in eine angemessene Balance gebracht werden.

Daher muss die Perspektive, mit der man auf die Familie blickt, überprüft werden, damit man weder die Extreme noch lediglich die Ausnahmefälle im Blick hat. Das große Problem, das viele der durchgeführten Reformen oder derzeit diskutierten Vorhaben beinhalten, liegt darin, dass sie zusammenhanglos sind, das heißt dass sie unterschiedliche Gebiete berühren und verschiedene Mitglieder der Familie betreffen, aus deren individueller Perspektive diese Maßnahmen sicherlich notwendig erscheinen. Allerdings sollte der Blickwinkel

auch den Wert der Familie und das gemeinsame Interesse der ganzen Familie beinhalten.

Eine Familienpolitik, die Familie als Gemeinschaft anerkennt

Familienpolitik muss aus einem Verständnis von Familie heraus entwickelt werden, das auf eine Vereinbarkeit der Rechte, Interessen und Wünsche des Einzelnen mit denen der Familie setzt, weil sich schließlich in der Kraft und Energie der Familie und in der Qualität der familiären Bindungen letztendlich unser individuelles Glück entwickelt.

Bedeutung der Konfliktprävention

Das Engagement muss sich nicht nur darauf beziehen, der Krise und den damit verbundenen Konflikten zu begegnen, sondern Prävention zu betreiben. Daraus ergibt sich einer der wichtigsten Wendepunkte für die künftige Entwicklung und die Antworten, die sie geben sollte: Die Prävention des Konfliktes sollte im Vordergrund stehen und allen an der Aufgabe beteiligten Parteien der Familie – Eheleute, Eltern und Kinder – sollte interdisziplinäre Unterstützung zuteilwerden. Diese muss insbesondere den Bedürftigsten offenstehen.

Wir können die Eheleute nicht weiterhin ihrem eigenen Schicksal überlassen, wenn es so viele Maßnahmen und Lösungsmöglichkeiten, wie Familienberatung, Mediation, Familientherapie oder Rechtsberatung, gibt, mit denen ihnen je nach Problemlage geholfen werden kann.

Politik muss ganzheitlich und kohärent sein

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, dass es unmöglich ist, an eine Stärkung der Familie zu denken, wenn man auf der anderen Seite entgegengesetzte Signale sendet, die zu einer Schwächung der Bindungen in der Familie führen können.

Es geht hier um einen bedeutsamen Richtungswechsel, der eine tiefgreifende Analyse notwendig machen würde. Dieser Richtungswechsel wird aber die Zukunftsperspektive maßgeblich beeinflussen.

Man kann die Stabilität der Familie nicht fördern, wenn man in anderen Bereichen wesentliche Aspekte in Frage stellt, wie beispielsweise die Notwendigkeit einer engen Kommunikation zwischen den Eheleuten und zwischen Eltern und Kindern, wie sie unter anderem von der Psychologie gefordert wird.

Des Weiteren kann eine engere Kommunikation und ein größeres Vertrauen nicht dadurch hergestellt werden, dass man im öffentlichen Bereich so wichtige Entscheidungen wie das Sexualverhalten oder die Gesundheit der Heranwachsenden als Folge einer Reihe von Gesetzen oder Gesetzesinitiativen, die ungerechtfertigterweise von einer projektiven Selbstbestimmung der Heranwachsenden ausgehen, in unserem Land nicht mehr den Eltern überlässt.

Man darf nicht vergessen, dass die Eingriffe des Staates in die Familien aufgrund des Selbstbestimmungsprinzips der Familie im Hinblick auf ihre spezifischen Ziele begrenzt bleiben und nur auf solchen Gebieten erfolgen sollten, in denen es unbedingt notwendig ist und die auf ein Bedürfnis oder eine Forderung der Familienmitglieder zurückgehen.

Zahlreiche Ziele müssen verfolgt werden

Vielfältig sind die Erfahrungen, die auf der Welt zu beobachten sind und in die Richtung gehen, die wir gerade beschrieben haben; sie werden durch unterschiedliche Instrumente und unterschiedliche Ergebnisse erreicht, aber immer aus der Überzeugung heraus, dass es notwendig ist, den Familien konkrete Werkzeuge an die Hand zu geben, die diejenigen, die eine Familie gründen, unterstützen und die ihnen bei dieser Aufgabe helfen.

Im Wesentlichen erscheinen dabei folgende Aspekte entscheidend: a) Steigerung der Geburtenrate, b) Erhöhung der Eheschließungsziffer und c) Förderung der Stabilität der Familie¹¹.

¹¹ Vgl. Kevin Andrews, Family policies that work. Beitrag zum Weltkongress der Familien, Amsterdam 2009.

a) Die Steigerung der Geburtenrate lässt sich auf unterschiedliche Weise erreichen: Erstens durch Anreize für das Kind (Boni für die Geburt jedes Kindes, positive oder negative Anreize im Steuerrecht, bevorzugter Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen); zweitens durch wirtschaftliche Unterstützung der Familie (Steuervergünstigungen, Sozialversicherungsleistungen, Maßnahmen zur beruflichen Förderung, insbesondere Flexibilisierung der Arbeitszeit, Elternzeit); drittens durch Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Anreize zur Arbeitsmarktintegration und Beschäftigungsstabilität von Frauen, Übernahme der Kosten für Krippen und Kindertagesstätten aus Steuergeldern).

b) Mittel zur Erhöhung der Eheschließungsziffer sind: Entwicklung der Kommunikationsfähigkeiten und Verbesserung der Qualität der Sexualerziehung, Erleichterung des Aktes der Eheschließung (Reduzierung der Kosten, Zuschüsse zur Eheschließung), Verringerung der Kosten des Ehelebens (spezielle steuerliche Behandlung von Verheirateten, Verbesserung im Erbrecht für Eheleute) und vordringlich Verbesserung bei der Ehevorbereitung (Ehevorbereitungskurse, Entwicklung von Workshops zur Vor- und Nachbereitung auf akademischer Ebene), Entwicklung von Institutionen zur Begleitung der Familie (interdisziplinäre Zentren).

c) Zur Förderung der Stabilität der Familie ist Folgendes wichtig: negative Anreize zur Scheidung (Abschaffung der nichteinvernehmlichen [einseitigen] Scheidung, die *covenant marriage* [bündische Ehe] wie in Louisiana, Arkansas und Arizona).

Schlussbemerkung

Alles, was wir gerade beschrieben haben, ist jedoch nicht genug, wenn wir die Familien in unseren Ländern wirklich stärken wollen.

Das Eingreifen des Staates genügt nicht, weil es in unser aller Verantwortung liegt. Wir alle sind Bürger, die bei dieser Bewegung Akteure sein müssen und nicht einfach erwarten können, dass sich der

Staat darum kümmert. Denn wenn wir es jetzt dem Staat überlassen, könnte dieser es in einer Weise umsetzen, die uns nicht gefällt.

Es ist unsere Aufgabe, ein optimistisches Bild der Familie zu verbreiten, wobei wir versuchen, bestimmte Schlüsselpunkte herauszuarbeiten, mit denen wir künftigen Generationen und unseren Kindern helfen können, sich für die Schaffung stabiler Familien zu entscheiden. Und zwar nicht nur wegen der Bedeutung, die dies für sie hat, sondern auch für unsere Länder, denn wir sind von dem Gut überzeugt, das die Familie für alle darstellt.

Es ist unsere Aufgabe, andere zu begleiten, ihnen immer wieder das Wunder vor Augen zu führen, sich auf eine Familie verlassen zu können, und ihnen zu zeigen, dass die menschliche Liebe auch in Krisen immer ihren Ursprung im Geheimnis der Ehe nimmt und dass diese menschliche Liebe allen offensteht und ihnen bedingungslos angeboten wird.